

Neuhauser SIG will Dividende aussetzen

Nachdem man sich im August von CEO Samuel Sigrist getrennt hat, plant der SIG-Verwaltungsrat nun diverse Massnahmen zur «Transformation». Eine davon schmeckt den Anlegern überhaupt nicht: Die Dividende soll dieses Jahr wegfallen.

Kay Fehr

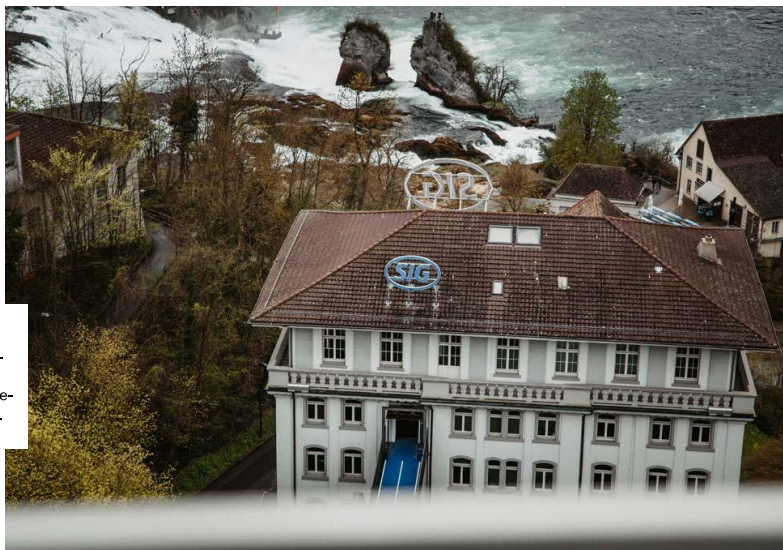
NEUHAUSEN. Beim Verpackungsanbieter SIG geht es weiterhin drunter und drüber. Nachdem man sich vor Kurzem von CEO Samuel Sigrist getrennt hat, liefert der Verwaltungsrat in einer Medienmitteilung ein Update, wie es weitergehen soll. Eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger für den geschassten Sigrist findet zwar noch keine Erwähnung – weiterhin ist Finanzchefin Anne Erkens ad interim für die operative Leitung zuständig –, doch die aktualisierte Prognose des Verwaltungsrats bietet auch so genug Zündstoff.

Börsenkurs auf einem «all-time low»

Die Hiobsbotschaft für Investoren: Der Verwaltungsrat will vorschlagen, die Dividende für das Geschäftsjahr 2025 komplett auszusetzen. Er begründet das mit dem «verstärkten Fokus auf Kapitaldisziplin» sowie der Priorität, seine Schulden abzubauen. Das letzte Mal kamen Aktionäre in den Genuss von 49 Rappen pro Aktie.

Die Börse war über diese Botschaft alles andere als erfreut. Kurz nach Börsenstart verlor die SIG-Aktie über 20 Prozent und bewegte sich im

Schwere Zeiten für das Neuhauser Traditionsunternehmen: Es hat mit einigen Herausforderungen zu kämpfen. Bild: Roberta Felle



Verlauf des Tages um die 10-Franken-Marke herum: Zum Ende des Handelstags sackte sie mit 9.50 Franken auf den tiefsten Wert überhaupt seit des Börsengangs von 2018. Es ist laut Bloomberg-Daten der heftigste Tagesverlust der Aktie in ihrer

Geschichte. Noch im Februar dieses Jahres war sie das Doppelte wert.

Immerhin gibt es auch gute Nachrichten: Eine Überprüfung des Geschäfts habe ergeben, dass SIG «strategisch sehr gut positioniert» sei, um den Erfolg

als ein weltweit führender Anbieter für Kartonverpackungen fortzusetzen. Man wolle das verfügbare Know-how und die Technologie nutzen, um «seine Aktivitäten zu beschleunigen» und auch in weiteren Bereichen zu einem führenden Anbieter

von keimfreien («aseptischen») Systemlösungen zu werden, heisst es in der Mitteilung.

SIG will Geschäftsbereiche abstossen

Doch das passiert nicht von alleine: Zur Umsetzung dieser

Strategie sowie zur Stärkung der mittelfristigen finanziellen Performance will SIG ein «Transformationsprogramm» lancieren. Dieses beinhaltet als Massnahme etwa den Verkauf kleinerer nicht-aseptischer Geschäftsbereiche sowie ein «Performance-Verbesserungsprogramm» zur Steigerung der Effizienz. Man wolle das Portfolio straffen und sich auf margen- und wachstumsstarke Bereiche fokussieren – und diese sieht SIG bei den keimfreien Verpackungen.

Das Neuhauser Traditionsunternehmen rechnet diesbezüglich mit einmaligen Ausgaben in der Höhe zwischen umgerechnet 290 und 335 Millionen Franken. Davon würden zwischen 70 und 95 Millionen Franken das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres belasten. Und damit nicht genug: Neben dem Transformationsprogramm bleiben die Marktbedingungen herausfordernd, was sich auf das Umsatzwachstum im zweiten Semester auswirken dürfte. Für 2025 erwartet SIG neu kein oder ein leicht negatives Umsatzwachstum, nachdem man zuvor mit einem Anstieg zwischen 3 und 4 Prozent gerechnet hatte. Ende Oktober will das Unternehmen an einem Investorenanlass mehr zu seinen Zukunftsplänen verraten.

Fortsetzung von Seite 15

Bürgerliches Duell um Wärmenetze

Mundt: Nein. Wir wehren uns dagegen, dass der Staat Aufgaben übernimmt, die Private leisten können. Heizungen montieren ist keine Staatsaufgabe, genauso wenig Wärmeverbünde. Es gibt genügend private Anbieter, die Innovation und Effizienz garantieren.

Leu: Und deshalb willst du alles neu aufgleisen und die bisherigen Projekte aufgeben? Das ist einfach zu spät. Das hätte man beim ersten Versorgungsauftrag machen müssen. Mit diesem sind nun über 30 Millionen Franken investiert, das kann man nicht einfach wieder aufgeben.

Mundt: Mit dem Geld hat man nicht gerade viel gemacht, nur zwei neue Verbünde...

Leu: Das kann man nicht so sagen. Der Verbund in der Altstadt

und die Netze sind natürlich viel teurer, das muss man jetzt auch ganz klar sehen. Teurer als in einem Wohnquartier wie der Falkenstrasse. Es kann ja auch nicht sein, dass die SH Power die Altstadt macht, die viel Geld kostet, und in rentablen, günstigeren Gebieten Private absahnen können.

Mundt: Doch. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollen Private übernehmen, wo sie es können. Wo der Markt versagt, hilft der Staat. Es ist ja auch der Staat, der den Rahmen setzt und zum Beispiel sagt, dass man keine neue Gasheizung mehr einbauen darf. SH Power will übrigens mit dem neuen Kredit auch in «einfachen» Gebieten bauen und dort durchaus auch Geld verdienen.

Reden wir noch über die Kosten. Ihre Partei, Herr Leu, schrieb 2021: «Staatliche Wärmeverbünde sind überall ein Verlustgeschäft. Dies, weil bei staatlicher Bautätigkeit ohne Rücksicht auf Rentabilität blindlings Steuergelder aus dem Fenster geworfen werden. All dies im Namen der Weltrettung rot-grüner Ideologen.»

Leu: Na ja, das war vielleicht etwas polemisch. Wärmeverbünde sind nicht unbedingt günstiger als Öl oder Gas, so viel ist klar. Die neue Kostenaufstellung von SH Power in der Vorlage ist aber plausibel. Sie müssen sich nicht vor Privaten verstecken. Mir tut es auch weh, wenn der Staat so ein grosses Stück übernimmt. Im Prinzip hätte man es anders aufgleisen müssen. Aber

ob sich überhaupt viele Private bewerben würden, ist fraglich.

Mundt: Das ist das Schöne an der freien Marktwirtschaft. Ein gutes Projekt findet Geld von einer Bank, oder von einer Pensionskasse. Dann steht man punkto Effizienz und Wirtschaftlichkeit unter Leistungsdruck und Projekte werden nicht plötzlich doppelt so teuer, wie so oft beim Staat. Der geht, wenn Geld fehlt, einfach zur Politik und sagt: Wir brauchen mehr.

Leu: Und wenn ein privater Wärmeverbund nicht rentiert? Dann macht er Konkurs, und die Stadt bleibt mit den Leitungen im Boden sitzen.

Mundt: Moment, das ist ja eben alles noch nicht definiert. All diese Fragen, die sind offen, das ist alles Teil dieser Revision des Versorgungsauftrags, die im Moment im Parlament pendelt ist. Genau darum sagen wir: Es ist Wahnsinn, jetzt 110 Millionen zu sprechen, solange so viele Fragen offen sind.

«SH Power hat den Tatbeweis erbracht, Know-how aufgebaut und gezeigt, dass sie Wärmeverbünde können.»

Markus Leu (SVP)

«Rhigüetli»-Volksinitiative scheitert an formalen Hürden

Ein juristisches Gutachten erklärt die Volksinitiative zum Schutz des Rhigüetli in Stein am Rhein für ungültig.

Jurga Wüger

STEIN AM RHEIN. Kaum waren die gesammelten Unterschriften offiziell bestätigt, folgt für die Initianten der Volksinitiative «Erhalt und Aufwertung des Naherholungsgebiets Rhigüetli – Unser Juwel am Rhein, für eine (i)ebenswerte Grünzone am Rhein» die Ernüchterung. Nach juristischer Prüfung erfüllt die Initiative die formalen Gültigkeitsvoraussetzungen nicht und «wird aller Voraussicht nach nicht zur Abstimmung gelangen», schreibt der Steiner Stadtrat in einer Medienmitteilung.

Noch am 9. September 2025 hatte der Steiner Stadtrat bekanntgegeben, dass die Initiative zustande gekommen sei. Am 5. August war sie mit insgesamt 269 Unterschriften eingereicht worden, von denen 265 als gültig anerkannt wurden – deutlich mehr als die erforderlichen 100.

Eine überraschende Wende

Nun aber sorgt ein juristisches Gutachten für eine überraschende Wende: Die Initiative verstösse gegen «übergordnetes Recht und verletze zudem den Grundsatz der Einheit der Materie, indem sie mehrere Sachfragen vereint, die keinen inneren sach-

lichen Zusammenhang aufweisen», heisst es. Der Stadtrat Stein am Rhein werde dem Einwohnererrat entsprechend Bericht erstatten und mit Verweis auf die Erkenntnisse aus dem juristischen Gutachten die Ungültigkeit erklären. Der Einwohnererrat entscheidet voraussichtlich noch in diesem Jahr.

Deckungsgleiche Anliegen

Mit ihrem politischen Engagement wollen die Initianten die Voraussetzungen schaffen, damit das Hofgut Rhigüetli sowie das umliegende Natur- und Naherholungsgebiet erhalten und nachhaltig entwickelt werden können. Was den Initianten am Herzen liegt, sei auch dem Stadtrat von Stein am Rhein ein wichtiges Anliegen.

«Wenngleich die Initiative als formal ungültig beurteilt wird, nimmt der Stadtrat die dahinterliegenden Bedürfnisse sehr ernst», betont die Behörde. Parallel werde mit dem Kanton geprüft, welche rechtlichen und planerischen Spielräume für die Stadt in der sensiblen Rhigüetli-Zone bestehen. Diese Vorabklärungen sollen als Basis für eine breite öffentliche Diskussion um die zukünftige Nutzung des Rhigüetli dienen. Klar sei dabei,

dass die schon immer öffentlich genutzte Rheinuferzone vom Pontonierdepot bis zur Landesgrenze in jedem Fall unverändert bleibe und nicht Diskussionsgegenstand sei.

Enttäuschung bei Initianten

Initiant Thomas Böhni zeigt sich enttäuscht über den Verlauf der Diskussion um das Rhigüetli. Er bezeichnet es als «tragisch», dass weder die Petition noch die Volksinitiative mit zusammen 665 Stimmen, was an der Urne eine Mehrheit wäre, den Stadtrat dazu bewegt hätten, «sich ernsthaft mit alternativen Varianten zu befassen».

Ein einseitiges juristisches Gutachten soll die formale Ungültigkeit der Initiative belegen, «obwohl auch eine andere Sichtweise möglich wäre». Politisch und demokratisch betrachtet, bleibe für Böhni jedoch die Grundsatzfrage bestehen: Die Bevölkerung müsse klar über Verkauf oder Nichtverkauf entscheiden können. «Wir erlauben uns nun über eine abgeseckte Volksinitiative «Verkauf Ja oder Nein ohne Zusätze» nachzudenken, dann ist es juristisch zu 100 Prozent korrekt», sagt Thomas Böhni.

«Wir leben in der Schweiz gut mit dem Subsidiaritätsprinzip: Wärmeverbünde sind keine Staatsaufgabe.»

Christian Mundt (FDP)